

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 21.12.2006  
im Kreishaus Borken  
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Heinz-Josef Tönnes	Heiden	ab 17.30 Uhr
--------------------	--------	--------------

#### Mitglieder:

Barbara Büscher	Stadtlohn
Ute Gertz	Ahaus
Rudolf Geukes	Isselburg
Martin Huesmann	Ahaus
Benedikt Kemper	Heiden
Irmgard Kerkhoff	Rhede
Berthold Langehaneberg	Legden
Marlies Mensing	Heek
Karl-Heinz Pfaffe	Stadtlohn
Stephanie Pohl	Gescher
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Christian Stöttelder	Heiden

#### beratende Mitglieder:

Olaf Gottschalk	Borken	bis 19:15 Uhr
Werner Haßenkamp		
Werner Menke	Velen	
Hans-Josef Overmann		
Marlis Spieker-Kuhmann	Borken	ab 17.25 Uhr
Jürgen Terhart	Bocholt	
Sebastian Zarembo	Borken	

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Elisabeth Büning  
Sandra Bußmeier  
Elisabeth Möllenbeck  
Mechtild Schulze Hessing

**Es fehlen:**

Ralf Groß	46325 Borken
Ingrid Groth	46399 Bocholt
Georg Hollstegge	46325 Borken
Bernd Telgmann	46414 Rhede

**Erledigung der Tagesordnung:**

Die stellvertretende Vorsitzende Kerkhoff eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

**A. Öffentlicher Teil****Punkt 1: Kindesmisshandlung  
Antrag der CDU-Fraktion vom 10.12.2006  
Vorlage: 0311/2006**

---

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Herr Overmann berichtet zum Thema Kindesmisshandlung im Kreis Borken. Die Folien sind dem Protokoll beigelegt (Anlage 1 zur Niederschrift).

Frau Kerkhoff bedankt sich für den ausführlichen Bericht und betont, dass sie vor allem die „Selbstverpflichtung des Fachbereiches Jugend und Familie“ für sehr wichtig halte. Sie müsse ihrer Meinung nach verstärkt öffentlich gemacht werden.

Herr Tönnes übernimmt die Sitzungsleitung.

**Punkt 2: Bericht zum Stand der Umsetzung des Maßnahmenprogrammes 2006  
Vorlage: 0298/2006**

---

Berichterstatterin: Elisabeth Möllenbeck

Frau Möllenbeck erläutert die Vorlage. Schwerpunkt dabei ist der Punkt Nr. 12 – Analyse der vorausgegangenen Hilfen in ihrer Bedeutung für die Heimerziehung.

Sie berichtet, es sei eine Analyse aller Fälle erfolgt, in denen die Hilfeform der „Sozialpädagogische Familienhilfe“ (§ 31 SGB VIII) im Jahr 2004 beendet worden war. Auf Grund der Vielschichtigkeit der Fallkonstellationen sei die Erfassung und Auswertung nicht leicht gewesen. Die Ergebnisse der Analyse seien gemeinsam mit Fachkräften des Fachbereiches Jugend und Familie und der AG III diskutiert worden. Sie bewerten die Ergebnisse positiv, wobei gleichzeitig auch Maßnahmen zur Optimierung des Hilfeverlaufs festgelegt wurden.

Frau Möllenbeck stellt anhand von Folien die zentralen Ergebnisse der Analyse vor (Anlage 2 zur Niederschrift).

Frau Kerkhoff bedankt sich für die umfangreiche Analyse und differenzierte Erläuterung der Daten.

Herr Huesmann sagt, er halte es für eine interessante Frage, wie sich die untersuchten Fälle bis 2006/2007 entwickelt hätten.

Herr Tönnes ergänzt hierzu, es sei sinnvoll festzustellen, ob eine Familie nach Beendigung der Hilfeleistung wieder in „alte“ Verhaltensweise zurückfalle. So sei eine Langzeitstudie wünschenswert, um in einen Wirksamkeitsdialog eintreten und zielgerichtet arbeiten zu können.

Herr Huesmann stellt fest, dass anhand der vorliegenden Auswertung die Nachhaltigkeit der eingesetzten Hilfe nur bedingt festgestellt werden könne. Auf lange Sicht würde auch er eine Analyse über einen längeren Zeitraum begrüßen.

Herr Overmann erläutert, dass die Wirksamkeitsanalyse von Leistungen ein großes Thema in der Jugendhilfe sei. Das Problem bestünde aber darin, dass quasi niemand eine Vorstellung davon habe, wie eine Wirksamkeitsanalyse aussehen solle. Mit dem hier vorliegenden Datenmaterial existiere ein erster Ansatz. Er betont, dass er die Analyse der Wirksamkeit von Jugendhilfeleistungen aus fachlicher Sicht für notwendig halte und zusammen mit den freien Trägern eine Möglichkeit gesucht werden solle, diesen Ansatz weiter zu verfolgen.

Zum Punkt Nr. 13 – „Entwicklung eines Konzeptes zur Frühberatung von Problemfamilien“ regt Frau Seidensticker-Beining an, den Titel auf „... Frühberatung von Familien“ zu ändern. Ihr sei wichtig, das Konzept nicht auf Problemfamilien zu beschränken.

Seitens der CDU-Fraktion wird betont, es sei eine bewusste Entscheidung für die Bezeichnung „Problemfamilien“ gewesen. Es solle daher bei der jetzigen Formulierung bleiben.

Vorsitzender Tönnes lässt über den Beschlussentwurf der Vorlage abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Stand der Umsetzung des Maßnahmenprogrammes 2006 zur Kenntnis.

**Punkt 3: Maßnahmenprogramm 2007**  
**Vorlage: 0299/2006**

---

Berichterstatlerin: Elisabeth Möllenbeck

Frau Möllenbeck erläutert die Vorlage und verweist auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Juni 2006, in der das Maßnahmenprogramm 2007 - ausgehend vom Umsetzungsstand der laufenden Maßnahmen – mit seinen für das Jahr 2007 bereits absehbaren Maßnahmen beschlossen wurde. Sie berichtet, dass die Einrichtung eines runden Tisches zur Situation von Familien mit behinderten Kindern im Jahr 2007 in Angriff genommen würde. Ein zentrales Thema sei derzeit außerdem die Weiterentwicklung der Bedarfsplanung für die Betreuung von Kindern im Alter von 0-6 Jahren.

Zur „Vorhaltung von Angeboten des Baby-Think-It-Over-Programmes“ führt Frau Möllenbeck aus, es sei zusammen mit einem freien Träger der Jugendhilfe geplant, eine Schulung anzubieten. Der Kreis Borken habe 5 „Real-Care-Babys“ beschafft, die von den Lehrern und Lehrerinnen ausgeliehen werden könnten.

Herr Tönnes berichtet von seinen Erfahrungen im Rahmen eines solchen Projektes mit einer Schulklasse.

Herr Huesmann sagt, die Kernfrage bestünde seiner Meinung nach darin, was mit diesem Projekt erreicht werden solle. Um Teenagerschwangerschaften zu „verhindern“ sei seines Erachtens eine gute frühzeitige präventive Arbeit, vor allem zusammen mit den Jugendhäusern, unerlässlich.

Auf Nachfrage von Frau Seidensticker-Beining erläutert Herr Overmann, es seien 5 „Real-Care-Babys“ beschafft worden, die insgesamt rd. 4.100 EUR gekostet hätten. Der SKF Bocholt habe sich bereit erklärt, eine entsprechende Schulung für die Multiplikatoren konzeptionieren und durchzuführen. Am 05.02.2007 finde die erste Informationsveranstaltung statt. Hierzu würde zur Zeit ein Flyer erstellt. Nach der Informationsveranstaltung könnten sich die Multiplikatoren entscheiden, ob sie an einer umfangreicheren Fortbildung teilnehmen wollten.

Frau Kerkhoff betont, sie halte es im Hinblick auf die „Vermeidung“ von Teenagerschwangerschaften für sinnvoll, verschiedene Ansatzpunkte zu setzen. So könnten sich das Projekt „Baby-Think-It-Over“ und eine kontinuierliche präventive Arbeit z.B. in Jugendhäusern gut ergänzen.

Frau Seidensticker-Beining ergänzt, ihr sei wichtig, dass mit den Puppen gut gearbeitet würde. Nur so könne durch eine gute Begleitung der Jugendlichen sichergestellt werden, dass es ein intensives und hilfreiches Projekt würde.

Vorsitzender Tönnes lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss verabschiedet das Maßnahmenprogramm 2007 und beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes mit der Umsetzung der Maßnahmen.

**Punkt 4: Vorberatung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2007 - Budget 02 - Jugend und Familie**  
**Vorlage: 0294/2006**

---

Berichterstatte(r)in: Mechtild Schulze Hessing

Frau Schulze Hessing stellt anhand von Folien (Anlage 3 zur Niederschrift) die wesentlichen Eckpunkte des Budgets 2007 vor.

Zu den Entwicklungszielen des Haushaltes 2007 schlägt Frau Schulze Hessing vor, die im Jugendhilfeausschuss am 01.06.2006 beschlossene „Einrichtung eines runden Tisches zur Situation von Familien mit behinderten Kindern“ als Maßnahme zum Entwicklungsziel „Förderung kinder- und familienfreundlicher Strukturen“ durch den Kreisausschuss und Kreistag beschließen zu lassen. Damit würde auch diese Maßnahme künftig im Haushaltsplan ausgewiesen.

Der Jugendhilfeausschuss signalisiert Einvernehmen.

Frau Schulze Hessing geht im Weiteren auf die Neustrukturierung der Produkte des Budgets 02 ein, die die Umorganisation des Fachbereiches Jugend und Familie widerspiegelt. So sei der Produktbereich 02.01 in Anlehnung an den kommunalen Kinder- und Jugendförderplan definiert worden. Die im Förderplan festgelegten Beträge stünden im Haushalt zur Verfügung.

Im Produktbereich 02.02 finde sich nun das ab dem 01.01.2007 eingerichtete Familienbüro wieder. Frau Schulze Hessing stellt das Organigramm des Fachbereiches 51 sowie die drei Module des Familienbüros - Kinderbetreuung, Eltern- und Familienbildung/Lokales Bündnis für Familien sowie Administration und Service – ausführlich vor.

Frau Kerkhoff bedankt sich für die ausführliche Darstellung und die zahlreichen Informationen zur Aufgabenstellung und Organisation des Familienbüros. Sie seien hilfreich, um die inhaltliche Ausrichtung des Familienbüros zu verstehen. Sie nimmt Bezug auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion und erklärt, die Frage 1 zur Maßnahme „Einrichtung eines runden Tisches zur Situation von Familien mit behinderten Kindern“ sei durch die Ausführungen von Frau Schulze Hessing beantwortet worden. Offen sei lediglich die Frage, ob das Anliegen ohne zusätzliche Mittel realisierbar sei. Herr Overmann bestätigt, die Maßnahme könne aus den Budgetmitteln 2007 finanziert werden.

Vorsitzender Tönnes ruft die zum Haushaltsentwurf 2007 gestellten Anträge auf (Anlage 4 zur Niederschrift).

Frau Seidensticker-Beining erläutert den **Antrag 02-01**. Die SPD beantrage trotz der vorhergehenden Ausführungen 2 zusätzliche Stellen für Sozialarbeiter/innen im Familienbüro, da die präventive Arbeit verstärkt werden solle. Sie stellt kurz das „Elternbegleitbuch für alle Neugeborenen“ der Stadt Dormagen vor, dass die SPD für sehr sinnvoll erachte. Sie verweist auf andere Kommunen, die vor dem Hintergrund der tragischen Fälle von Kindesmisshandlungen, die in der letzten Zeit bekannt wurden, zusätzliche Stellen einrichten, um Familien frühzeitig zu begleiten und unterstützen. Dies halte sie auch für den Kreis Borken für sehr sinnvoll.

Frau Kerkhoff erwidert, die CDU werde dem Antrag nicht zustimmen, da die Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht gehalten würde. Es würde zur Zeit viel initiiert und mit vielen unterschiedlichen Stellen zusammen gearbeitet, beispielhaft sei hier das Frühwarnsystem zu nennen. Frau Pohl fügt hinzu, dass es zunächst wichtig sei, ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Danach könnte über weitere Schritte, sei es die Einrichtung zusätzlicher Stellen im Fachbereich Jugend und Familie oder die Zusammenarbeit mit freien Trägern, entschieden werden.

Frau Seidensticker-Beining entgegnet, dass die SPD es dennoch für notwendig halte, zum jetzigen Zeitpunkt zwei zusätzliche Stellen einzurichten. Ziel sei es, frühzeitig Kontakt zu allen Familien mit Neugeborenen herzustellen und nicht erst dann, wenn sich Probleme herausstellen würden.

Herr Tönnes betont, dass die CDU den Ansatz der Prävention befürworte. Allerdings ließen sich die Konzepte von größeren Städten nicht ohne Weiteres auf den Kreis Borken als Flächenkreis übertragen. Wichtig sei außerdem, durch zielorientierte, konzeptionelle Arbeit die Akzeptanz bei den Kommunen zu erreichen.

Frau Seidensticker-Beining erläutert den **Antrag 02-02**.

Frau Kerkhoff sagt, die CDU könne den Antrag inhaltlich mittragen, schlägt aber vor, den Deckungsvorschlag insoweit zu ändern, dass eine Finanzierung aus dem Budget erfolgen soll. Die SPD erklärt sich mit der Abänderung des Antrags einverstanden.

Zum **Antrag 02-03** führt Frau Seidensticker-Beining aus, die zusätzlichen Mitteln sollen zur Stellenfinanzierung – Antrag 02-01 und weitere Maßnahmen wie z.B. die Fachtagung zum Thema Kindeswohlgefährdung oder die Herausgabe eines Elternbegleitbuches verwendet werden.

Frau Kerkhoff erklärt zum **Antrag 02-04**, es sei mittelfristiges Ziel dieser Wahlperiode, im Kreis Borken familienfreundliche Strukturen zu schaffen. So solle es künftig in jeder Kommune des Jugendamtsbezirkes ein Familienzentrum geben.

Frau Seidensticker-Beining schlägt vor, mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel zu warten, bis ausreichend Erfahrungen aus den Pilotprojekten vorliegen. Daraufhin verweist Herr Tönnies auf den Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.06.2006, in der die Einrichtung von Familienzentren beschlossen worden sei. Die im Antrag vorgesehenen 10.000 EUR seien ein erster Schritt in diese Richtung.

Herr Huesmann fragt, was konkret mit diesen Mitteln gemacht und erreicht werden solle. Frau Schulze Hessing führt hierzu aus, dass es von verschiedenen Kindertageseinrichtungen Anfragen zur Finanzierung von Projekten gebe. Das Land berate und unterstütze die Familienzentren, finanziere aber keine Projekte vor Ort. Außerdem solle den Kindertageseinrichtungen, die nicht Familienzentrum geworden sind, Unterstützung angeboten werden. Insgesamt sei Ziel, in jedem Ort des Kreisjugendamtbezirkes ein Familienzentrum einzurichten und hierfür auch entsprechende Anreize zu schaffen.

Daraufhin entsteht eine Diskussion darüber, ob die zusätzlichen Mitteln nur für Kindergärten verwendet werden sollen, die sich außerhalb der Landesförderung befinden, oder ob auch bereits bestehende Familienzentren z.B. bei Projekten unterstützt werden können. Herr Stöttelder macht den Vorschlag, den 2. Absatz der Begründung des Antrags wie folgt abzuändern:

„Mit den bereitgestellten Kreismitteln i.H.v. 10.000 EUR soll erreicht werden, dass **vorrangig** den Kindertageseinrichtungen, die sich außerhalb der Landesförderung darum bemühen, ein Familienzentrum zu werden, Unterstützung geboten werden kann.“

Zu diesem Vorschlag wird Einvernehmen signalisiert.

Frau Kerkhoff begründet den **Antrag 02-05** der CDU-Fraktion. Frau Seidensticker-Beining sagt, der Antrag würde von der SPD befürwortet.

Zum **Antrag 02-06** erläutert Frau Kerkhoff, mit der Einrichtung der Patenschaften für Schwangere und Mütter solle ein niederschwelliges Angebot installiert werden.

Frau Seidensticker-Beining äußert Bedenken, Schwangere durch Ehrenamtliche begleiten zu lassen.

Herr Kemper legt dar, dass er es für wichtig halte, ein Konzept zu entwickeln und ein Netzwerk zu schaffen. Im Grundsatz basiere die Idee aber auf der Freiwilligkeit der Ehrenamtlichen. Erst wenn dieses Angebot durch Ehrenamtliche nicht mehr leistbar sei, könne überlegt werden, inwieweit der öffentliche Träger der Jugendhilfe sich betätige.

Frau Spieker-Kuhmann spricht sich dafür aus, das Gespräch mit Fachkräften zu suchen.

Hierüber besteht Einigkeit. Über die Ergebnisse der Gesprächen mit den freien Trägern soll eine Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss erfolgen.

Frau Kerkhoff berichtet im Zusammenhang mit dem **Antrag 02-07** von einem Wettbewerb ähnlicher Art, der vor einige Jahren durchgeführt worden und auf sehr gute Resonanz gestoßen sei. Der jetzige Antrag sähe vor, einen Wettbewerb zum Thema „Kulturen verstehen, Toleranz lernen, teamfähig sein“ auszuloben. Auf die Frage von Frau Seidensticker-Beining antwortet sie, dass die 5.000 EUR als Preisgeld vorgesehen seien.

Der **Antrag 02-08** wird von Frau Kerkhoff begründet. Die CDU wisse, dass im Bereich der Sprachförderung bereits sehr viel gemacht werde. Ziel des Antrags sei die Vernetzung der verschiedenen Ebenen. Dem Jugendhilfeausschuss solle darüber Bericht erstattet werden.

Kreisdirektor Haßenkamp verweist in dem Zusammenhang auf die ausgelegte Broschüre „Deutschkurse im Kreis Borken“.

Vorsitzender Tönnes lässt jeweils über die Anträge abstimmen. Die einzelnen Anträge sind mit ihren Abstimmungsergebnissen in der beigefügten Aufstellung (Anlage 5 zur Niederschrift) dargestellt.

**Beschluss:** 11 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen

Der Kreisjugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Haushaltsplan 2007 – Budget 02 – Jugend und Familie – einschließlich der im Jugendhilfeausschuss mehrheitlich befürworteten Anträge zu verabschieden.

**Punkt 5: Förderung der Erziehungsberatung**  
**Vorlage: 0305/2006**

---

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Vorsitzender Tönnes lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die mit Beschluss vom 07.12.2004 getroffene Vereinbarung über die Abrechnung der Leistungen der Caritasverbände für die Dekanate Ahaus-Vreden, Bocholt und Borken mit den Jugendämtern im Kreis Borken im Rahmen der Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII, die im Rahmen einer Erprobungsphase bis zum 31.12.2006 Gültigkeit hat, bis zum 31.03.2007 zu verlängern.



**Punkt 6: Richtlinien für professionelle Spielgruppen für die Betreuung unter 3-jähriger Kinder**  
**Vorlage: 0307/2006**

---

Berichterstatterin: Mechtild Schulze Hessing

Frau Schulze Hessing erläutert die Vorlage.

Auf Nachfrage von Frau Seidensticker-Beining erklärt Frau Schulze Hessing, dass die Spielgruppen neben Kindertageseinrichtungen und Tagespflege eine zusätzliche Betreuungsform seien und dazu beitragen, gleichgelagerte Betreuungsbedarfe aufzufangen. Vor allem in Orten, in denen die Kindertageseinrichtungen belegt seien, ergänze diese Form das Angebot der Kinderbetreuung.

Die Spielgruppen böten eine professionelle Betreuung der Kinder. So sei eine Spielgruppe immer mit 2 Kräften besetzt, von denen mindestens eine Person eine sozialpädagogische Fachkraft sein müsse. Für die Spielgruppen sei insbesondere die Altersgruppe der 2- bis 3-Jährigen vorgesehen. Für jüngere Kinder sei meistens die Tagespflege die geeignetere Form der Betreuung.

Wichtig sei darüber hinaus, dass die professionellen Spielgruppen nicht zur Konkurrenz bereits bestehender Gruppen, z.B. Loslösegruppen, werden sollten. Frau Schulze Hessing bestätigt ausdrücklich, dass die Spielgruppen bedarfsorientiert eingerichtet und auf die örtlichen Notwendigkeiten und Wünsche abstimmt werden.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Richtlinien für professionelle Spielgruppen für die Betreuung unter 3-jähriger Kinder zum 01.01.2007.

**Punkt 7: Kindergartenbedarfsplanung für den Jugendamtsbezirk des Kreises Borken**  
**Vorlage: 0295/2006**

---

Berichterstatterin: Mechtild Schulze Hessing

Frau Schulze Hessing erläutert die Kindergartenbedarfsplanung anhand einiger Folien (Anlage 6 zur Niederschrift).

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die vorliegende Sachdarstellung zur aktuellen Betreuungssituation für 0-6jährige Kinder zur Kenntnis.

---

**Punkt 8: Beitrag zur Alterssicherung von Pflegeeltern**  
**Vorlage: 0306/2006**

---

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Richtlinien zur Erstattung von Beiträgen zur Alterssicherung und Unfallversicherung von Pflegeeltern mit Wirkung vom 01.10.2005.

---

**Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Punkt 9.1: Schulsozialarbeit Heek**

---

Kreisdirektor Haßenkamp teilt mit, das Projekt Schulsozialarbeit an der Hauptschule Heek sei beendet worden. Die Konzepte zur Schulsozialarbeit der Schule einerseits und des Fachbereiches Jugend und Familie andererseits seien zu unterschiedlich.

**Punkt 9.2: ABS-Projekt Reken**

---

Kreisdirektor Haßenkamp berichtet über den Sachstand zum ABS-Projekt in Reken. Über die Finanzierung aus ESF-Mitteln sei zur Zeit noch nicht entschieden worden.

Sollte eine Finanzierung aus ESF-Mitteln nicht zugesagt werden, so habe die Gemeinde signalisiert, in das Konzept des Kreises Borken zur Schulsozialarbeit einsteigen zu wollen.

**Punkt 9.3: Bündnis für Familien**

---

Kreisdirektor Haßenkamp informiert über die Veranstaltung am 28.03.2007, bei der der Start des Bündnisses für Familien vereinbart werden soll. Außerdem würde der Familienkompass vorgestellt werden.

In diesem Zusammenhang macht Kreisdirektor Haßenkamp darauf aufmerksam, dass zur Zeit viele größere und kleinere Projekte auf den Weg gebracht würden. Häufig seien diese Projekte sehr zeitintensiv und würden personelle Kapazitäten binden. Er bittet den Jugendhilfeausschuss um Verständnis, dass die Umsetzung der Projekte nach und nach erfolge.

---

**Punkt 10: Anfragen**

---

**Punkt 10.1: Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.12.2006**  
**Vorlage: 0315/2006**

---

Auf Grund der bereits langen Sitzungsdauer wird darum gebeten, die noch offenen Fragen mit dem Protokoll zu beantworten.

**Frage 1:** Beantwortet, vgl. TOP 4.

**Frage 2:** S. Anlage 7 zur Niederschrift

**Frage 3:** Der JFB informiert den Fachbereich Jugend und Familie jährlich über das Programm des Landes „Weiterentwicklung der präventiven Arbeit mit Schulverweigerern“.

In den letzten Jahren ist die Arbeit des JFB e.V. auf Jugendliche gerichtet, die auf Grund der sich verändernden Problemlage (die Fälle werden jünger, massiver, extremer, multipler) häufig schon sehr früh Anzeichen von Schulmüdigkeit zeigen. Durch die Sensibilisierung für Indikatoren von Schulmüdigkeit wird es möglich, bereits bei erstmaligen Anzeichen von Rückzug oder aktiver Schulverweigerung zu handeln.

Der JFB e.V. versucht insbesondere für Schüler und Jugendliche, die auf Grund ihrer besonderen Situation nicht mehr mit den pädagogischen Mitteln der Schule erreicht wurden, Maßnahmen zu entwickeln, die trotz der individuellen Probleme ein Verbleiben in den vertrauten sozialen Zusammenhängen ermöglichen.

**Frage 4:** Beantwortet, vgl. TOP 7.

**Frage 5:** Der Fachbereich Jugend und Familie war in den Projektgruppen zur Vorbereitung der Suchtwoche in Gronau ständig vertreten. Federführend begleitet hat 51.1 die Erstellung einer Selbstverpflichtungserklärung für Veranstalter von Partys und Konzerten. Diese soll den örtlichen Ordnungsämtern zur Verfügung gestellt werden, damit auf diesen Veranstaltungen der Kinder- und Jugendschutz besonders berücksichtigt werden kann.

Darüber hinaus sind Sucht- und Gewaltpräventionsprojekte ständiges Thema in den Sozialräumen und werden in Kooperation von Schule, offener Kinder- und Jugendarbeit sowie dem Fachbereich Jugend und Familie vorbereitet und durchgeführt.

**Punkt : Terminplanung 2007**

---

Herr Stilkenbäumer regt an, bei künftigen Terminplanungen zu bedenken, dass nicht ausgerechnet Sitzungen an den Tagen vor Feiertagen stattfinden. Er halte den Termin die Jugendhilfeausschusssitzung am 06.06.2007, also am Tag vor Fronleichnam, für nicht glücklich.

Auf Grund des Feiertages am 07.06.2007 wäre eine Verschiebung der für den 06.06.2007 vorgesehenen Sitzung wünschenswert.

**Ende des öffentlichen Teils**